

Einsatz von Geoinformationen in Kommunen

Handlungsempfehlungen

im Rahmen der **EUROPÄISCHEN GEODATENINFRASTRUKTUR (INSPIRE)**
- Kurzfassung -

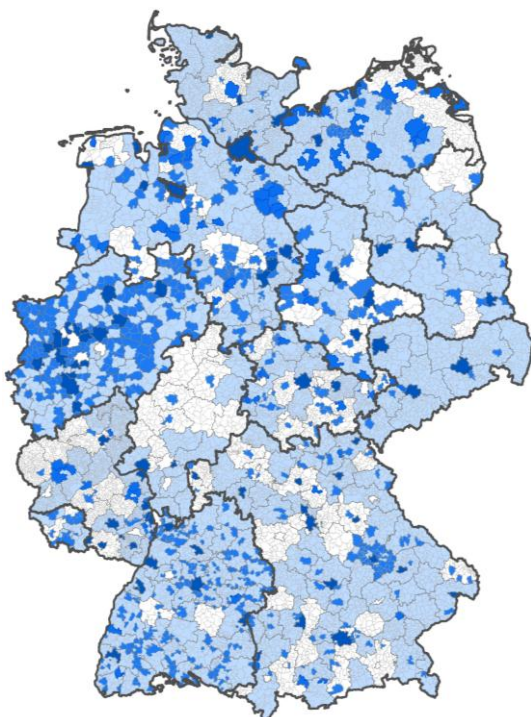
Ausgangssituation

Daten mit Raumbezug (Geodaten) werden heutzutage für vielfältige strategische und operative Fragestellungen in Politik und Verwaltung nutzbar gemacht und erzeugen damit Mehrwerte u.a. in schnelleren und verbesserten Entscheidungsfindungen sowie zur besseren Vermittlung gegenüber den Bürgern. Die aktuellen Entwicklungen im Bereich des Geoinformationswesens sowie der nationalen Geodateninfrastruktur (GDI) werden maßgeblich durch die europäische Richtlinie zum Aufbau einer Geodateninfrastruktur INSPIRE (Infrastructure for Spatial Information in Europe) beeinflusst. Einen aktuellen Überblick über den Stand der Entwicklung des Geoinformationswesens im nationalen, europäischen und internationalen Kontext liefert der 2012 erschienene 3.Geo-Fortschrittsbericht der Bundesregierung. Eine derartige Darstellung fehlt momentan allerdings für den Bereich der Kommunen.

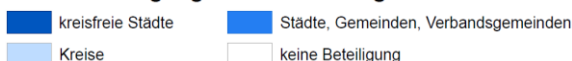
Durchführung einer bundesweiten Umfrage

Angesichts dessen hat das Kommunale Koordinierungsgremium der Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände (KoKo GDI-DE) in Kooperation mit dem „Runder Tisch GIS e.V.“ 2012 eine bundesweite kommunale Umfrage durchgeführt, um den Status Quo und die Entwicklungen im Bereich der kommunalen Nutzung von Geoinformationen zu ermitteln.

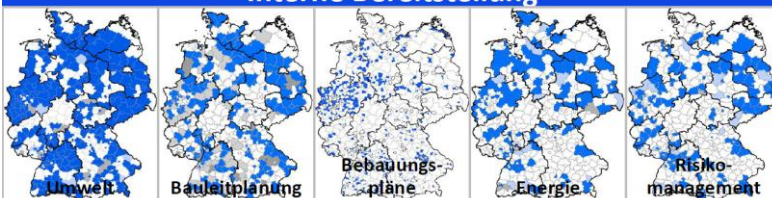
An dieser bisher einmaligen bundesweiten kommunalen Umfrage haben sich 300 von 402 kreisfreien Städten und Kreisen (74%) sowie 718 kreisangehörige Gemeinden einschließlich Verbandsgemeinden beteiligt, somit insgesamt **1018 Kommunen**. Die Studie zeigt, dass das Thema Geoinformation inzwischen in vielen Kommunen umgesetzt wird, allerdings in unterschiedlichen Ausprägungen. Die kommunale Aufgabe „Geodatenmanagement (GDM)“ hat sich in den letzten Jahren stark verändert – weg von technikorientierten Speziallösungen hin zu einer querschnittsorientierten Aufgabenwahrnehmung mit breitem Gesamtnutzen für Politik, Bürger, Verwaltung sowie Wirtschaft und Wissenschaft.



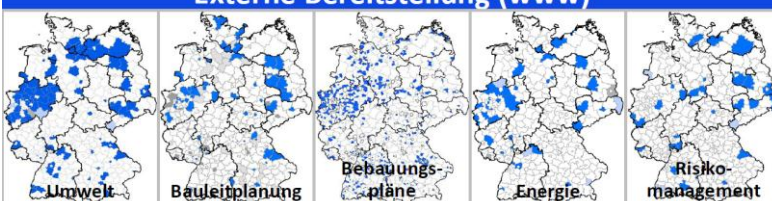
Gesamtbeteiligung nach Verwaltungseinheiten



Interne Bereitstellung



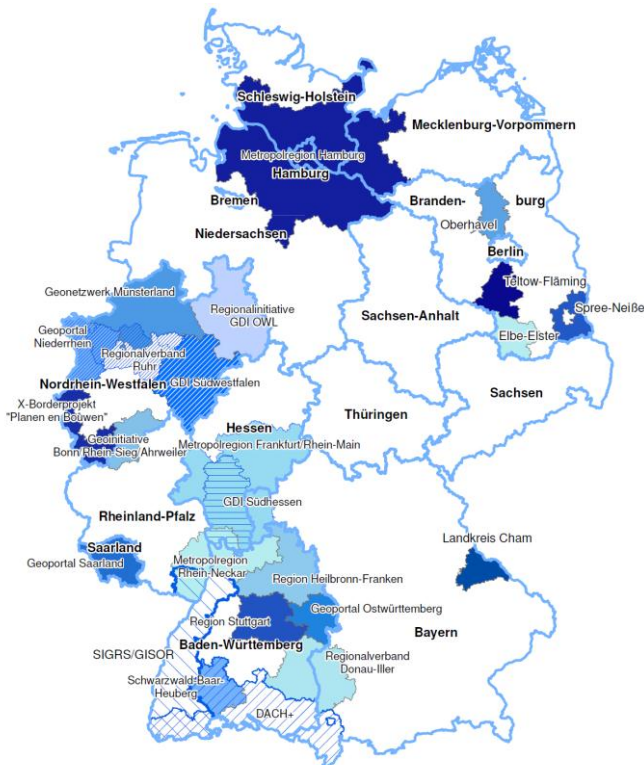
Externe Bereitstellung (www)



Geodatenbereitstellung

Bereits heute wird eine Vielzahl von Geodaten in den Kommunen eingesetzt, ihre Nutzung ist in den letzten Jahren stetig angestiegen. Im Zuge der Studie wird die verwaltungsinterne und öffentliche Verwendung verschiedener Geoinformationen in den Kommunen näher untersucht. Zu den veröffentlichten Daten zählen vorrangig die Bauleitpläne und Statistikdaten (kreisangehörige Kommunen) sowie Geobasis-, Umwelt-, Tourismus- und Wirtschaftsdaten (Kreise und kreisfreie Städte). Die veröffentlichten Daten bilden nur einen geringen Anteil, gemessen an den behördenintern zur Verfügung gestellten Geoinformationen.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass sich die interne und öffentliche Geodatenbereitstellung in den Kommunen unterschiedlich darstellt. Öffentliche kommunale Geodatenangebote sind zurzeit meist angebots-, nicht nutzungs- oder prozessorientiert ausgeprägt. Angesichts der Energiewende sowie der demografischen Entwicklung spielen Breitbanddaten, Energiedaten sowie Ver- und Versorgungsdaten eine zunehmend wichtige Rolle für Steuerungs- und Entscheidungsprozesse in Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Datenschutzbedingte Unsicherheiten sowie mögliche kommerzielle Interessen bilden Gründe für die momentane Zurückhaltung der Veröffentlichung. Insgesamt beinhaltet die Durchdringung der Geodatentechnologie in der Kommunalverwaltung noch erhebliches Ausbaupotential.



Kartografie: J. Treptow, Stadt Soest (DStGB)

Interkommunale Zusammenarbeit

Die zahlreichen bestehenden interkommunalen Kooperationen sind eine typische Ausprägung funktionierender Geodatenmanagements. 44% der antwortenden Kommunen geben an, sich auf regionaler und/oder auf Ebene der Kreise in einer Kooperation zu engagieren. Die bestehenden Regionalkooperationen sind aus verschiedenen Motivationen heraus entstanden. Anzahl der Kooperationspartner, rechtliche Rahmenbedingungen sowie die Aufbauorganisation unterscheiden sich erheblich. Regelmäßige Zielsetzung bildet die Stärkung und Wahrnehmung regionaler Aspekte. Interkommunale Kooperationen bieten eine gute Ausgangsbasis für regionale Projekte sowie zur Vereinheitlichung von GIS-Strukturen.

Eine Vielzahl der an der Umfrage teilnehmenden Kommunen kooperieren auf Kreisebene. Die Kooperationsformen sind dabei auch hier unterschiedlich ausgeprägt. In vielen Fällen übernehmen Kreise eine Bündelungsfunktion oftmals in enger Zusammenarbeit mit den großen kreisangehörigen Gemeinden.

Bedarfs- und Nutzerorientierung, Synergien

Die Bedarfs- und Nutzerorientierung sowie die Synergien sind erfahrungsgemäß schwer zu ermitteln. Im Rahmen der Studie haben demzufolge nur wenige Kommunen quantitative Angaben über die Nutzung ihres Bürgerinformationssystems gemacht. Die jährlichen externen Nutzer- und Zugriffszahlen können für große kreisfreie Städte mit bis zu 8-10 Millionen, in den Kreisen mit bis zu 2 Millionen angegeben werden. Laut Studie variiert die Zahl der internen Nutzer zwischen 5 - 75% (Verhältnis GIS-Nutzer zur Gesamtanzahl der Beschäftigten) und ist abhängig von dem Umfang der eingebundenen Geoinformationen sowie deren Bereitstellungsumfang.

Wesentliche kommunale Handlungsfelder werden heute bereits mit Geoinformationen unterstützt und haben sich im kommunalpolitischen Bereich längst als Instrument zur Analyse und Bewertung von Maßnahmen etabliert. Vier Kernargumente sprechen für den Einsatz von Geoinformationen sowie ein starkes kommunales Engagement in diesem Bereich: Größere Bürgernähe und Wirtschaftsorientierung der Verwaltung, hohe Steuerungsrelevanz für politische/administrative Entscheidungsträger, Erhöhung der Verwaltungseffizienz sowie der Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit.

Durch die Kombination von Geobasisdaten mit sozialräumlichen Indikatoren (Demografie, Jugend, Soziales) sowie mit Bauleitplan-, Einwohnermeldedaten, statistischen und weiteren Angaben können wertvolle Entscheidungsgrundlagen als maßgebliches Unterstützungsinstrument für Verantwortungsträger erarbeitet werden. Entscheidungsprozesse hoher finanzieller Tragweite wie Schulbedarfsplanungen und weitere Infrastrukturmaßnahmen können auf diese Weise effizient und transparent vorbereitet werden. Geoinformationen ermöglichen zudem eine wirtschaftliche, bürger- und dienstleistungsorientierte Auskunftserteilung über unterschiedliche Zugangs- und Abgabewege. Weitere Vorteile von Geoinformationen liegen in ihrer permanenten Verfügbarkeit als Führungs- und Entscheidungsinformationen sowie für prozessgesteuerte Verwaltungsabläufe. Durch die vernetzte Bereitstellung von Geoinformationen kann zudem die interkommunale Zusammenarbeit gefördert und ausgebaut werden.

Fazit der Studie und Handlungsempfehlungen

Die Studie belegt, dass der Aufbau der Geodateninfrastruktur im kommunalen Sektor große Fortschritte gemacht hat. In zahlreichen kommunalen Institutionen ist allerdings die zentrale Bedeutung des Themas Geoinformation noch nicht ausreichend erkannt, was unter anderem durch die lange Zeit fehlenden gesetzlichen Vorgaben zu begründen ist. Auch das Potential diesbezüglicher Kreis-Gemeindekooperationen ist noch nicht ausgeschöpft. Der Stellenwert von Geoinformationen wird oft noch zu gering beurteilt, Investitionen in den Aufbau von Sach- und Fachkompetenz werden demzufolge nur unzureichend getätigt. Zugang und Verfügbarkeit von Geoinformationen können nur durch flächendeckende Koordination, behördenübergreifende Vernetzung und Standardisierung verbessert werden. Die bisherigen GDI-Aktivitäten sind derzeit weitgehend bundes- und landesorientiert, obwohl es bereits eine Vielzahl guter Anwendungsbeispiele von Geoinformationen in den Kommunen gibt. Als Fazit der Studie lassen sich folgende Handlungsempfehlungen ableiten:

Vernetzung, Standardisierung und Koordinierung verbessern	<ul style="list-style-type: none"> Bessere verwaltungsübergreifende Vernetzung, Koordinierung und Standardisierung von Geoinformationen und Geoportalen Erarbeitung einer föderalen GeoGovernment-Strategie unter Berücksichtigung von eGovernment und OpenGovernment Aufbau von hierarchie- und länderübergreifenden GDI-Arbeitsgruppen unter stärkerer Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände (KSV) Erarbeiten einheitlicher Nutzungsregelungen bzw. -bestimmungen für Geoinformationen
Öffentlichkeitsarbeit verstärken	<ul style="list-style-type: none"> Verbesserung des Marketings und der Öffentlichkeitsarbeit Darstellung der vorhandenen und geplanten kommunalen Geoinformationen mit ihrem Einsatzspektrum und Mehrwert Durchführen von Hintergrundgesprächen und Workshops zur Information und Sensibilisierung von Entscheidungsträgern und potentiellen Nutzern Durchführen von Regionalkonferenzen zum hierarchie- und länderübergreifendem Erfahrungsaustausch
Wirtschaftlichkeits- aspekte aufbereiten	<ul style="list-style-type: none"> Aufbau von Monitoringsystemen zur Ermittlung der Nutzungsintensität (Synergien) Verbesserung der Nutzerorientierung durch weitere Bedarfsanalysen Einbindung weiterer Geoinformationen in Geoportale und Verwaltungsprozesse sowie Dokumentation kommunaler Geschäftsprozesse mit Raumbezug Verknüpfungen mit weiteren wichtigen eGovernment-Projekten (z.B. D115, Zuständigkeitsfinder sowie Nationales Prozessregister) zum Ausbau des föderalen Informationsmanagements Lösen des Widerspruchs zwischen INSPIRE-Verpflichtung und der (meist gegebenen) Freiwilligkeit des Geodatenmanagements infolge erheblicher Synergien
Erforderliche Ressourcen bereitstellen	<ul style="list-style-type: none"> Bereitstellung von monetär und personell erforderlichen Ressourcen seitens der politischen Entscheidungsträger Verbindliche Klärung der jeweiligen Zuständigkeiten und Datenhoheiten (verwaltungsrechtlicher Verursacher = GeoDatenprovider)
Interkommunale Zusammenarbeit ausbauen	<ul style="list-style-type: none"> Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen Verstärkung der Kooperation zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden (KSV) auf Bundes- und Landesebene Nutzung von Synergieeffekten durch Kooperationen der Kommunen untereinander sowie mit Wissenschaft und Wirtschaft (PPP); dadurch Weiterentwicklung des Geoinformationssektors

Der 3. Geo-Fortschrittsbericht der Bundesregierung bietet eine weitere Möglichkeit, sich in das Thema Geoinformation einzuarbeiten. Zudem sind in einigen Bundesländern bereits Leitfäden zum Thema „INSPIRE: Betroffenheit der Kommunen“ erarbeitet worden. Die Studie über die bundesweite Umfrage zum Einsatz von Geoinformationen in den Kommunen erfasst erstmals Status Quo und Potentiale der Kommunen im Hinblick auf den Ausbau der GDI. Die Berücksichtigung und sukzessive Umsetzung der Handlungsempfehlungen bilden einen Einstieg, um das Thema Geoinformation einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Damit bietet sich eine weitere Möglichkeit, die Wichtigkeit von Geoinformationen kurz- bis mittelfristig in alle Entscheidungsfindungen als unabdingbare Grundlage mit einzubeziehen. Die Studie wird voraussichtlich Ende März 2013 veröffentlicht.

Kommunales Koordinierungsgremium GDI-DE:

Dr. Stefan Ostrau, Kreis Lippe (Gesamtprojektleitung)
 Andreas Brodowski, Stadt Paderborn
 Andreas Claßen, Stadt Düren
 Bernd Düsterdiek, Deutscher Städte- und Gemeindebund
 Carsten Kamp, Stadt Hagen
 Dr. Ulrich Huber, Landkreis Cham
 Dr. Kay Ruge, Deutscher Landkreistag
 Harald Lwowski, Deutscher Städtetag
 Ingo Wanders, Rhein-Neckar-Kreis
 Jürgen Treptow, Stadt Soest
 Michael Haußmann, Stadt Stuttgart
 Sigrid Koneberg, Stadt München
 Ulrich Frisch, Landkreis Ludwigslust-Parchim

s.ostrau@kreis-lippe.de
 a.brodowski@paderborn.de
 a.classen@dueren.de
 bernd.duesterdiek@dstgb.de
 carsten.kamp@stadt-hagen.de
 ulrich.huber@lra.landkreis-cham.de
 kay.ruge@landkreistag.de
 harald.lwowski@staedtetag.de
 Ingo.Wanders@Rhein-Neckar-Kreis.de
 j.treptow@soest.de
 michael.haussmann@stuttgart.de
 sigrid.koneberg@muenchen.de
 u.frisch@ludwigslust.de